

**RUNDBRIEF ZU ÄTHIOPIEN UND ERITREA 1/2026**  
**KOORDINATIONSGRUPPE ÄTHIOPIEN/ERITREA**  
**2025**



**AMNESTY**  
**INTERNATIONAL**



# INHALT

EINLEITUNG.....3

ÄTHIOPIEN SUSPENDIERT DIE LOKALEN KORRESPONDENT\*INNEN DER DW.....3

NEBEL DES KRIEGES: WARUM NEHMEN DIE SPANNUNGEN ZWISCHEN ÄTHIOPIEN UND ERITREA ZU?.....5

ÄTHIOPIENS WAHLDILEMMA 2026.....5

ÄTHIOPIEN STELLT DIGITALE ABSTIMMUNG BEI WAHLEN 2026 VOR .....7

PROKLAMATION DER ORGANISATION DER ZIVILGESELLSCHAFT VON 2019 SOLL SICH GRUNDLEGENDE ÄNDERN.....8

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung mit mehr als 3 Millionen Unterstützern, Mitgliedern und Aktivisten in mehr als 150 Staaten und Territorien, die sich für ein Ende von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle seine Rechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen Menschenrechtsverträgen verankert sind, genießen kann. Wir sind von jeder Regierung, jeder politischen Ideologie, jedem wirtschaftlichen Interesse oder jeder Religion unabhängig und finanzieren uns hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Copyright bei Amnesty International

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## **EINLEITUNG**

Die Verhältnisse in Äthiopien nach dem kriegesischen Konflikt im Norden des Landes (2020-2022) haben noch immer Auswirkungen auf die Lage der Bevölkerung, u.a. da Kriegsverbrechen nicht ausreichend geahndet und aufgearbeitet wurden. Dazu trägt auch der Unmut Eritreas bei, das Seite an Seite mit den äthiopischen Streitkräften gegen die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) gekämpft hatte, bei den abschließenden Verträgen aber übergangen worden war.

Auch die im Juni 2026 anstehenden Wahlen werfen ihre Schatten voraus. Dass die äthiopische Bevölkerung wieder stärker in ihrer 2019 dazugewonnenen Freiheit eingeschränkt werden soll, wird in der Diskussion um restriktive Gesetzesänderungen deutlich.

## **ÄTHIOPIEN SUSPENDIERT DIE LOKALEN KORRESPONDENT\*INNEN DER DW**

Kurz vor den Wahlen 2026 verschärft Äthiopien den Druck auf unabhängigen Journalismus. Die äthiopische Medienaufsicht EMA suspendierte die neun lokalen Korrespondentinnen und Korrespondenten der Deutschen Welle (DW) „temporär“. In einem Brief vom 23. Oktober werden der DW Verstöße gegen „Media Proclamations“ und Hassrede vorgeworfen; konkrete Beispiele fehlen. Die DW fordert die Aufhebung der Suspendierung und detaillierte Belege. Intendantin Barbara Massing betont, dass Millionen Äthiopierinnen und Äthiopier weiterhin Zugang zu unabhängigen Informationen brauchen und die DW-Kollegen\*innen unverzüglich wieder arbeiten sollten. Seit in Äthiopien der US-Sender Voice of America wegen gekürzter Mittel weggefallen ist, ist DW Amharisch einer der reichweitenstärksten Auslandssender; rund 10 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren nutzen Angebote der DW.

Kritik kommt von CPJ (Committee to Protect Journalists): Angela Quintal bezeichnete die Suspendierung als „unerhörten Akt der Zensur“ und Einschüchterung. Behörden würden Mediengesetze nutzen, um unabhängige Berichterstattung zu unterdrücken; die Suspendierung müsse aufgehoben und das Recht auf Pressefreiheit respektiert werden. Zuvor hatte Äthiopien Vorwürfe gegen DW erhoben; eine Untersuchungskommission lieferte jedoch keine Beweise. In jüngerer Zeit soll zudem auch das Kurzwellensignal von den Behörden gestört worden sein.

Berichte über Festnahmen von Journalisten ergänzen das Bild. Im August verschwand Abdulsemed Mohamed von Ahadu Radio in Addis Abeba; Yonas Amare (The Reporter) wurde kurzzeitig von maskierten Personen festgenommen. Beiden wurden nachträglich freigelassen, staatliche Stellungnahmen blieben jedoch aus. RSF-Direktor Sadibou Marong bezeichnete die Situation als „ziemlich schrecklich“ und problematisch. CPJ dokumentiert, dass Medien- und Anti-Terror-Gesetze als Werkzeuge gegen Journalisten eingesetzt werden, Internet-Sperren unterbinden Berichterstattung und willkürliche Verhaftungen seien zur Routine geworden. Einige Journalist\*innen wurden wegen angeblicher „hasserfüllter Desinformation“ festgenommen; 2024 saßen laut CPJ sechs äthiopische Journalist\*innen hinter Gittern, 2025 wurden mehrere Journalist\*innen privater Sender festgenommen – zwei warten immer noch auf Prozesse.

RSF verweist darauf, dass äthiopische Behörden Terrorismus, Hassreden oder staatsfeindliche Verschwörung anprangern, um Berichterstattung zu bestrafen; 2023 wurden 15 ausländische Sender suspendiert. Zudem wurden Gebühren eingeführt, die Rundfunkbetrieb erschweren. Im RSF-Pressesfreiheitsindex 2025 rangiert Äthiopien auf Platz 145 von 180. Seit 2018 kam es trotz anfänglicher Reformen unter Premierminister Abiy Ahmed zu erheblichen Einschränkungen; das 2021 geänderte Mediengesetz stärkt die Kontrolle der Behörden über die Medienlandschaft und ermöglicht alles von Sanktionen bis zu Lizenzentzügen.

Auch Auslandsjournalist\*innen stehen im Fokus: Berichte über Versuche, äthiopische Journalist\*innen in Frankreich, Kenia, Uganda und anderen Ländern zu verfolgen oder auszuliefern, verdeutlichen transnationale Unterdrückung. Beobachter\*innen warnen, dass die Regierung versucht, Berichterstattung in Inland und Ausland zu dominieren. Die politische Lage bleibt fragil: Das Friedensabkommen von 2022 beendete Kämpfe in Tigray, doch die Situation dort ist unklar; interne Machtkämpfe erschüttern die regierende TPLF.

Insgesamt zeigt der Text einen besorgniserregenden Trend: Vor den Parlamentswahlen 2026 wächst der Druck auf unabhängige Medien. Internationale Beobachter\*innen fordern Aufhebung der Suspendierungen sowie Respekt der Informationsfreiheit und Schutz der Journalist\*innen.

Quelle: <https://www.dw.com/de/%C3%A4thiopiens-medien-unter-druck-menschenrechte-pressefreiheit-medienfreiheit-journalisten-gesetze-v2/a-73808237> - Stand 24.10.2025

DWDL.de <https://share.google/PNMSkyKK4XoqF7UNX> DW prüft rechtliche Schritte gegen Suspendierung von Korrespondenten – Stand 12.12.2025

## **NEBEL DES KRIEGES: WARUM NEHMEN DIE SPANNUNGEN ZWISCHEN ÄTHIOPIEN UND ERITREA ZU?**

Die Spannungen zwischen Äthiopien und Eritrea nehmen erneut zu und lassen eine Eskalation am Horn von Afrika befürchten. Das Abkommen von 2018, in dem Äthiopien die internationale Grenzenscheidung akzeptierte, schien kurzzeitig den Weg zu Normalisierung und regionaler Stabilität zu öffnen. Doch mit dem Krieg in Nordäthiopien zwischen der äthiopischen Regierung und der TPLF ab 2020 verschoben sich die politischen Koordinaten: Eritrea beteiligte sich militärisch auf Seiten der äthiopischen Regierung, und die eritreische Regierung war daher verärgert, als der Pretoria-Vertrag von 2022 den Konflikt beendete, ohne eritreische Interessen einzubeziehen. Aus eritreischer Perspektive wurde die TPLF dadurch vor einer vollständigen Niederlage geschützt – ein Ergebnis, das den eritreischen Vorstellungen klar widerspricht.

Diese Spannungen werden zudem durch strategische und geopolitische Faktoren verschärft. Äthiopiens erneute Forderung nach Zugang zum Roten Meer – von Premierminister Abiy 2023 als existenzielles nationales Anliegen formuliert – erzeugt erheblichen Druck. Der äthiopische Wunsch, den Hafen von Assab nutzen zu können, dient nicht nur wirtschaftlichen Zielen, sondern hat auch innenpolitische Bedeutung angesichts der anhaltenden Fragmentierung im Land. Eritrea hingegen interpretiert solche Forderungen im Kontext seiner historischen Erfahrungen als Bedrohung seiner Souveränität. Gleichzeitig belastet der Vorwurf eritreischer Einflussnahme auf äthiopische innenpolitische Prozesse das bilaterale Verhältnis weiter.

Das Ergebnis ist ein komplexes Spannungsgefüge zwischen beiden Staaten, in dem der Wettstreit um regionale Vorherrschaft zunehmend offen zutage tritt – eine Dynamik, die das Horn von Afrika erneut an den Rand eines größeren Konflikts bringt.

Quelle: <https://www.aa.com.tr/en/africa/fog-of-war-why-are-ethiopia-eritrea-tensions-rising/3754387>

## **ÄTHIOPIENS WAHLDILEMMA 2026**

Wenn sich Äthiopien auf seine Parlamentswahl im Juni 2026 vorbereitet, stellt sich auch die Frage nach der Bedeutung von Premierminister Abiy Ahmed für eine verbesserte politische Ordnung und ein sich erholendes Investitionsklima. Denn weit davon entfernt, die Demokratie zu festigen, entwickelt sich die Wahl 2026 zu einer turbulenten Wiederholung der fehlerhaften Abstimmung 2021.

Die regierende Wohlstandspartei (PP) Abiy Ahmeds sicherte sich 2021 den Sieg, weil in weiten Teilen des Landes den Wähler\*innen eine Abstimmung entweder physisch unmöglich war oder politisch verwaltet wurde. Das Ergebnis ist bis heute sichtbar: Rund ein Fünftel der Sitze im Abgeordnetenhaus bleibt vakant. Anstatt aus diesem Präzedenzfall zu lernen, steuert die Bundesregierung auf eine Krise zu. **Drei grundlegende Missverständnisse deuten darauf hin, dass Äthiopien nicht darauf vorbereitet ist, eine glaubwürdige, nationale Wahl durchzuführen: eine sich verschärfende Sicherheitskrise, ein arbeitsunfähiger Wahlvorstand und eine fragile Wirtschaft.**

Im Jahr 2021 fand in Tigray aufgrund des Konflikts keine Abstimmung statt. In der Zwischenzeit wurden die Wahlen in Teilen von Oromia, Benishangul-Gumuz und den somalischen Regionalstaaten aus Unsicherheit und logistischen Misserfolgen verzögert oder abgesagt. Das Ergebnis war ein Parlament, das das Land legal vertrat, aber in der Praxis Millionen von Bürgern ausschloss.

Im Jahr 2026 droht die Gefahr, dass die Abstimmung in mehreren Bundesstaaten entgleisen könnte. Obwohl der Krieg in Tigray 2022 offiziell endete, befindet sich die Region nach wie vor in einem politischen Schwebezustand. Die TPLF ist in verschiedene Fraktionen aufgesplittert und ihre Parteilizenz muss noch erneuert werden. Ein stockendes Friedensabkommen und die verzögerte Rückkehr von Binnenvertriebenen (IDPs) haben das Misstrauen zwischen lokalen Gemeinschaften und föderalen Institutionen vertieft. Außerdem untergraben Tigrays Volatilität und konfliktgeschädigte Infrastruktur die Rahmenbedingungen für die Stimmabgabe.

Noch kritischer ist, dass die Region Amhara – der zweitbevölkerungsreichste Staat des Landes – seit April 2023 das Zentrum eines Aufstands der Fano-Miliz ist. Diese bewaffnete Basisbewegung ist in ländliche Gemeinden eingebettet, was die staatliche Verwaltung und die Stimmzettelverteilung logistisch unmöglich macht.

In Oromia wird im April 2026 der Aufstand der Oromo-Befreiungsarmee (OLA) die Achtjahresmarke überschreiten. Der Konflikt war geprägt von zivilen Tötungen und Lösegeld-Entführungen, die mehrere Zonen unsicher gemacht haben.

Indem sie trotz dieser Herausforderungen landesweite Wahlen vorantreibt, riskiert die Regierung, die Dynamik von 2021 in größerem Umfang zu wiederholen. Denn anschließend eine angeblich „nationale“ Wahl zu verwalten, die sich tatsächlich nur auf die Hauptstadt und die Regionen beschränkt, die nicht mit bewaffneten

Konflikten konfrontiert sind, wird die Beschwerden der ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen nur weiter vertiefen.

Das National Election Board of Ethiopia (NEBE), also die nationale Wahlkommission, steht vor einer Krise der Logistik und Legitimität, die ihre Kämpfe von 2021 widerspiegelt. Obwohl die NEBE von dem angesehenen ehemaligen Oppositionsführer und Richter Birtukan Mideksa angeführt wurde, war sie gezwungen, die Umfragen im Jahr 2021 aufgrund von logistischen Misserfolgen und Sicherheitsbedenken zweimal zu verschieben. Das Wahlgremium kämpfte darum, Binnenvertriebene (IDPs) zu registrieren und konnte die Sicherheit seiner Mitarbeiter\*innen in Konfliktgebieten nicht garantieren.

Für 2026 hat die NEBE sich mit der digitalen Registrierung von Wahllokalen und einer technologiebasierten Wähler\*innen- und Kandidat\*innenregistrierungsplattform höhere Ziele gesetzt. Doch sie ignoriert damit die Realität: die Infrastrukturzerstörung in Konfliktgebieten, Millionen von Binnenvertriebenen und das Fehlen einer nationalen Volkszählung seit 2007. Das nationale ID-Programm von Fayda wird also schnell eingeführt, obwohl unklar ist, ob es diese strukturellen Lücken vor der Abstimmung sinnvoll ausgleichen kann.

Darüber hinaus steht die politische Unabhängigkeit des Vorstands noch auf dem Prüfstand. Im Jahr 2021 boykottierten Oppositionsparteien wie der Föderalistische Kongress (OFC) und die Oromo-Befreiungsfront (OLF) die Wahl: Sie beriefen sich dabei auf die politische Repression und darauf, dass ihre Führer inhaftiert seien. Vier Jahre später äußern diese Parteien die gleichen Bedenken.

Ohne einen umfassenden Waffenstillstand und ausgehandelte Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und verschiedenen bewaffneten Gruppen riskiert die NEBE, einen Wettbewerb zu veranstalten, bei dem der einzige lebensfähige Teilnehmer der Amtsinhaber ist.

Quelle: <https://africappractice.com/insights/ethiopias-2026-electoral-dilemma/>

## **ÄTHIOPIEN STELLT DIGITALE ABSTIMMUNG BEI WAHLEN 2026 VOR**

Die Nationale Wahlkommission Äthiopiens (NEBE) hat angekündigt, dass bei den nächsten Parlamentswahlen im Juni 2026 die digitale Stimmabgabe eingeführt wird. Die Vorsitzende der Kommission behauptete, dass ein integriertes digitales

System Transparenz, Effizienz und Zugänglichkeit verbessern solle. Dazu gehören neue Plattformen für die Registrierung von Kandidat\*innen und Wähler\*innen, die von NEBE selbst entwickelt wurden. Laut der Kommission soll diese digitale Infrastruktur Kosten senken, Abläufe vereinfachen und auch Menschen in abgelegenen Gebieten die Teilnahme an der Wahl ermöglichen.

Quelle: <https://von.gov.ng/ethiopia-set-to-introduce-digital-voting-in-2026-elections/>

## **PROKLAMATION DER ORGANISATION DER ZIVILGESELLSCHAFT VON 2019 SOLL SICH GRUNDLEGENDE ÄNDERN**

Die äthiopische Regierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes vorbereitet, der die Proklamation über zivilgesellschaftliche Organisationen von 2019 (Proklamation 1113/2019 oder „CSO-Proklamation“) grundlegend ändern und einen erheblichen Rückschritt gegenüber der Proklamation von 2019 darstellen würde. (Siehe unseren letzten Rundbrief für Details.)

Rückmeldungen aus der Zivilgesellschaft könnten jedoch dazu geführt haben, dass die jüngsten Fassungen des Gesetzentwurfs moderater ausfallen.

Quelle: <https://www.icnl.org/resources/civic-freedom-monitor/ethiopia> Stand: 14 Oktober 2025

Liebe Leser\*innen,

Menschenrechtsarbeit kostet Geld. Daher würden wir uns über eine Spende auf das Spendenkonto 80 90 100 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln 370 205 00 unter Angabe des Verwendungszwecks: „2025“ und Ihres Namens oder Ihrer Mitgliedsnummer freuen.

Vielen Dank!

**IMPRESSUM:**

**Amnesty International**

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Sonnenallee 221 C, 12059 Berlin

Koordinationsgruppe Äthiopien/Eritrea

Email: [aethiopien@amnesty-stuttgart.de](mailto:aethiopien@amnesty-stuttgart.de)

Internet: [www.amnesty-aethiopien.de](http://www.amnesty-aethiopien.de)

V.i.S.d.P.: Clara Braungart, Köln

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



**HAFTUNGSAUSCHLUSS:**

Lediglich die mit Amnesty International gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Organisation wieder. Verknüpfungen zu Webseiten Dritten („externe Links“) wurden mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählt. Der Anbieter hat keinerlei Einfluss auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung und den Inhalt der verknüpften Webseiten. Eine ständige Überprüfung externer Links ist dem Anbieter ohne konkrete Hinweise nicht zumutbar. Bei Kenntnis über etwaige Rechtsverstöße werden derartige externe Links unverzüglich entfernt.